

Antrag

der Abgeordneten **Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch, Dr. Petra Sitte** und der Fraktion **DIE LINKE**.

Anonyme Briefkastenfirmen verbieten – Transparenzregister einrichten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die bisherigen Veröffentlichungen der Panama Papers zeigen, dass die organisierte Finanzkriminalität mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen ist. Dies ist nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch der öffentlichen Sicherheit.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- eine Änderung des deutschen Geldwäschegesetzes auf den Weg zu bringen, um ein nationales Transparenzregister einzurichten, welches die Eigentümer von Firmen, Stiftungen und vergleichbaren Rechtskonstrukten offenlegt. Um eine wirksame Kontrolle zu gewährleisten, sollte dieses Transparenzregister der Öffentlichkeit uneingeschränkt zugänglich sein;
- die Initiative zu ergreifen, um Briefkastenfirmen sowie andere Unternehmen und Stiftungen, deren wirtschaftlich Berechtigte anonym bleiben, weltweit zu verbieten.

Berlin, den 14. April 2016

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Begründung

Nach dem Ergebnis der Recherchen zahlreicher Medien weltweit haben Reiche, Politiker und Kriminelle Geld in geheimen Firmen angelegt (u. a. Süddeutsche Zeitung, <http://panamapapers.sueddeutsche.de/>). Im Mittelpunkt steht dabei die Finanzkanzlei Mossack Fonseca in Panama. Sie ermöglicht es Firmen, in „Offshore-Ländern“ und in Steueroasen Briefkastenfirmen einzurichten (u. a. DER SPIEGEL, www.spiegel.de/thema/panama_papers/).

Das Betreiben dieser anonymen Firmen ist bisher nicht illegal und eignet sich dazu, schmutzige Geschäfte zu verschleiern oder heimliches Vermögen an den Steuerbehörden vorbei zu schleusen.

Mit seiner Initiative greift der Deutsche Bundestag Anregungen aus Kreisen der Bundesregierung wie zum Beispiel von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (DIE ZEIT, 5. April 2016, www.zeit.de/politik/deutschland/2016-04/panama-papers-deutschland-forderungen-sigmar-gabriel), Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller (Rheinische Post, 6. April 2016, www.rp-online.de/politik/zwischen-transaktionssteuer-und-transparenzregister-aid-1.5882964) und Bundesjustizminister Heiko Maas (DER SPIEGEL, 6. April 2016, www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/heiko-maas-droht-banken-mit-konsequenzen-a-1085526.html) auf, ein nationales Transparenzregister für Briefkastenfirmen einzurichten und Briefkastenfirmen und Stiftungen, deren wirtschaftlich Berechtigte anonym bleiben wollen, weltweit zu verbieten. Geld muss an Namen und Firmen gebunden sein, so begründete Bundesentwicklungsminister Müller die beabsichtigten Initiativen. Briefkastenfirmen seien die schmutzige Seite des Kapitals, so der Bundesminister. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble erarbeitete derweil einen Zehn-Punkte-Plan im Kampf gegen Steuerbetrug und Geldwäsche und setzt auf einen automatischen Informationsaustausch zu Briefkastenfirmen in Steueroasen, um in der Praxis alle Leute finden zu können, „die solche Oasen nutzen“.